

2.8. Die Türkei und die EU: zwei Partner auf Abwegen?

Burak Çopur

Die aktuellen Umbrüche im Nahen Osten könnten die Türkei im Wettbewerb um die stärkste Macht mit islamischer Tradition in ihrem regionalen Umfeld noch weiter begünstigen. Die Türkei ist im Vergleich zu ihren nächstlichen Nachbarn mit ebenfalls mehrheitlich muslimischer Bevölkerung, eine – wenn auch mit Schwächen – tragfähige Demokratie, die in ihrer Region eine Vorbildfunktion übernehmen kann. Um diese Rolle konstruktiv auszufüllen, wird allerdings eine weiterreichende Demokratisierung als bisher erforderlich sein. Eine aktive Unterstützung der EU-Beitrittsperspektive seitens der europäischen Staats- und Regierungschefs könnte diesen Prozess maßgeblich positiv beeinflussen. Brüssel sollte den Aufbruch in der arabischen Welt zum Anlass nehmen, um seine ambivalente Türkeipolitik zu überdenken.

Schon heute steht die Türkei auf Platz 17 der größten Volkswirtschaften der Welt; im Vergleich mit den EU-Staaten belegt sie Platz 6. Der *Economist* (23.10.2010) bezeichnete die Türkei in diesem Kontext nicht ohne Grund als das „China Europas“. Neben dieser ökonomischen Prosperität macht sich auch ein wachsendes außenpolitisches Gewicht der Türkei bemerkbar: Die Türkei ist Mitglied der G20 und wird bald mit Brasilien, Russland, Indien und China zum neu definierten Kreis der sogenannten BRIC-Staaten gehören. Im Europarat hat die Türkei bis Mai 2011 den Vorsitz im Ministerkomitee inne, in der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) stellt sie den Generalsekretär und im UN-Sicherheitsrat war sie 2009 bis 2010 nicht-ständiges Mitglied.

Das Goldene Zeitalter der europäisch-türkischen Beziehungen

Ihre verstärkte außenpolitische Bedeutung und Wirtschaftsdynamik hat die Türkei auch der ehemals glaubwürdigen Beitrittspolitik der EU zu verdanken. Diese Politik begann auf dem EU-Gipfel in Helsinki 1999 mit der Verleihung des Kandidatenstatus an die Türkei und endete mit dem Beginn der Beitrittsverhandlungen im Jahr 2005. In dieser Phase erhielt Ankara insbesondere von der damaligen Bundesregierung Schröder/Fischer starke Unterstützung. Nachdem auf dem Luxemburger Gipfel 1997 die europäisch-türkischen

Beziehungen durch die deutsche Haltung in eine tiefe Krise geraten waren, leitete die rot-grüne Koalition mit dem Regierungswechsel 1998 eine Wende in der Türkeipolitik ein und förderte aktiv die EU-Mitgliedschaft Ankaras. Dieser Wandel erklärte sich zum einen durch ein unterschiedliches Europa-bild von Rot-Grün gegenüber der Vorgängerregierung unter Helmut Kohl und zum anderen mit sicherheitspolitischen Veränderungen seit dem 11. September 2001.¹ Die u.a. von Deutschland forcierte EU-Beitrittsperspektive war in der Türkei ein wesentlicher Katalysator für den Beginn der Demokratisierung der Innenpolitik, der Modernisierung der Wirtschaft sowie der Entmilitarisierung der Außenpolitik.²

Das Land am Bosphorus erlebte mithilfe der EU-Reformen eine bisher in dieser Form einzigartige innenpolitische Transformation. Die Reformen umfassten zahlreiche Fortschritte bei den Menschen- und Bürgerrechten. Um einen liberaleren Umgang mit den eigenen Minderheiten zu erreichen, setzte Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan zudem eine Beratungskommission ein, die im Oktober 2004 ihren Bericht zu den Minderheitenrechten vorstellte.³ Eine Konferenz zur Armenierfrage an der Bilgi-Universität in Istanbul im September 2005 brach endlich das Tabu einer öffentlichen und kritischen historischen Aufarbeitung der Massaker an den Armeniern. Diese Entwicklungen waren eine Art „Stille Revolution“, die den Übergang vom autoritär-repressiven Sicherheitsstaat zum freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat markierte.

Die Europa-Orientierung der Türkei bewirkte mittelbar zudem, dass die aus einer islamistischen Bewegung hervorgegangene Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP), sich stärker in Richtung einer demokratischen Partei transformierte.⁴ Die Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft unterstützte also eine Pazifizierung des politischen Islams in der Türkei (den Grundstein für eine solche Pazifizierung hatte schon Kemal Atatürk gelegt) und begünstigte eine friedensgerichtete Akzentuierung der türkischen Außenpolitik. Die Türkei orientierte sich verstärkt am Zivilmachtgedanken und wurde dabei durch das *Soft-Power*-Modell der EU inspiriert.⁵ Die Annäherung zwischen Ankara und

1 Burak Çopur: Neue deutsche Türkeipolitik der Regierung Schröder/Fischer (1998-2005). Von einer Partnerschafts- zur EU-Mitgliedschaftspolitik mit der Türkei (zugelassene Dissertation zur Promotionsprüfung an der Universität Duisburg-Essen).

2 Heinz Kramer: Die Türkei im Prozess der Europäisierung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (2004): 33-34, S. 9-17.

3 Baskın Oran: The Minority Report Affair in Turkey, in: Regent Journal of International Law 5 (2007): 1, S. 2-93.

4 Günter Seufert: Neue pro-islamische Parteien in der Türkei, Studie 6 Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2002.

5 Ziya Öniş: Turkey and the Middle East after September 11: The Importance of the EU

Athen seit 1999, der begonnene Dialog mit Syrien sowie die konstruktive Haltung der Türkei zur Lösung des Zypernkonflikts im Rahmen des sogenannten Annan-Plans 2004 zeugen davon.

Es waren damals die Inseltürken, die mit Rückendeckung Ankaras der Wiedervereinigung Zyperns mit 64 Prozent zustimmten, während die griechischen Zyprioten sie mit 75 Prozent mehrheitlich ablehnten. Im Zeitraum zwischen der Anerkennung der Türkei als offizieller EU-Beitrittskandidat 1999 bis zur Eröffnung von Beitrittsverhandlungen 2005 entwickelten sich die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei außerordentlich positiv. Sieht man von der ungelösten Zypernfrage ab, herrschte in dieser Phase eine dialogorientierte Zusammenarbeit auf vielen Politikfeldern und ohne gravierende Krisen – ein Goldenes Zeitalter.

Krise und Stagnation im europäisch-türkischen Verhältnis

Gegenüber der Ära 1999-2005 war das Verhältnis zwischen Brüssel und Ankara im Zeitraum von 2005-2010 von Krise und Stagnation geprägt. Dies gilt gleichermaßen für die deutsch-türkischen Beziehungen und scheint im Jahr 2011 seine Fortsetzung zu finden.⁶

Aktuell stockt der EU-Beitrittsprozess: Nur 13 von 35 Verhandlungskapiteln sind vorläufig bearbeitet, weitere acht wurden von Brüssel 2006 wegen der türkischen Weigerung, das Ankara-Protokoll auf die Republik Zypern auszuweiten, von den Verhandlungen ausgenommen. Da Frankreich zusätzlich vier und Zypern sechs beitriffsrelevante Kapitel blockieren, sind nur noch vier verhandelbar, was de facto den Stillstand der Beitrittsgespräche bedeutet.

Die Entschleunigung der Verhandlungen begann auf europäischer Seite mit dem Regierungswechsel in Deutschland 2005 und der Wahl von Nicolas Sarkozy zum Staatspräsidenten in Frankreich 2007. Einerseits folgen Merkel und Sarkozy der Staatsräson und stehen mit Blick auf den EU-Beitritt der Türkei hinter dem Prinzip „*pacta sunt servanda*“, andererseits präferieren sie parteipolitisch das höchst widersprüchliche Konzept der „privilegierten Partnerschaft“. Mit dieser fragwürdigen Doppelstrategie verabschieden sich die bei-

Dimension, in: Turkish Policy Quarterly, 2 (2003): 4, S. 84-95; Mustafa Aydın/Sinem A. Açıkmeşe: Europeanization through EU conditionality: Understanding the new era in Turkish foreign policy, in: Journal of Southern Europe and the Balkans 9 (2007): 3, S. 263-74; Burak Akçapar: Turkey's new European era: Foreign policy on the road to EU membership, Lanham, MD (USA) 2007.

6 „Zypern-Streit: Erdogan attackiert Merkel“, in: Spiegel, 14.01.2011. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,739620,00.html>.

den europäischen Führungsnationen von der erfolgreichen EU-Beitrittspolitik der früheren Jahre (1999-2005) und setzen erneut auf die alte gescheiterte Partnerschaftspolitik, wie sie noch unter Bundeskanzler Helmut Kohl betrieben wurde. Im Grunde genommen ist diese speziell für Ankara entwickelte Formel eine freundliche Übersetzung von „Partnerschaft ja, Mitgliedschaft nein“. Führende EU-Staaten, darunter die Bundesrepublik, haben offenbar ihren Kompass in der Türkeipolitik wieder verloren und befinden sich auf Abwegen.

Die ambivalente europäische Türkeiposition wirkte sich auch auf die Innenpolitik der Türkei aus: Sie stärkte das Selbstbewusstsein der Nationalisten und Kemalisten, die ihre Macht in Gefahr sahen und schwächte die progressiven Reformkräfte, die das Land zur Umsetzung des *Acquis* dringend benötigt. Während einerseits die „konservativen Globalisierer“ (AKP) im Zuge der Europäisierung ihre Feindseligkeit gegenüber der EU bzw. dem Westen aufgaben und sich damit in die internationale Gemeinschaft und deren Strukturen integrierten, zu denen auch die NATO-Mitgliedschaft der Türkei gehört, radikalisierten sich andererseits die „defensiven Nationalisten“ (CHP, Republikanische Volkspartei und MHP, Partei der Nationalistischen Bewegung).⁷ Der „Stillen Revolution“ der konservativen Globalisierer setzten damals die defensiven Nationalisten ihre „Gegenrevolution“ entgegen. Es gelang ihnen, die AKP in ihrem Kurs zu irritieren und den Reformprozess deutlich zu verlangsamen. Die Regierung verlor ihre Europaeuphorie und reihte sich in den Chor der euroskeptischen Gegenelite ein.

Schädliche Symbiose der Anti-Haltungen

Das Anti-Türkei-Lager in der EU bzw. die Anti-EU-Koalition in der Türkei schaukeln sich gegenseitig auf: Auf der einen Seite ist jede anti-europäische Handlung türkischer Nationalisten Wasser auf den Mühlen der Türkei-Kritiker in der EU. Auf der anderen Seite ist die anti-türkische Stimmung in Europa für die EU-Gegner in der Türkei ein Beleg dafür, dass die EU-Mitgliedschaft ein hoffnungsloser Traum sei, weshalb man sich außenpolitisch von Brüssel verabschieden müsse. Die Unabhängige Türkei-Kommission unter dem Vorsitz des ehemaligen Staatspräsidenten Finnlands und Friedensnobelpreisträgers Martti Ahtisaari schrieb: „Bedauerlicherweise haben negative Reaktionen von europäischen Politikern und eine zunehmend zögerliche Einstellung der europäischen Öffentlichkeit gegenüber einer Erweiterung der Türkei den Eindruck

⁷ Ziya Öniş: Conservative globalists versus defensive nationalists: political parties and paradoxes of Europeanization in Turkey, in: *Journal of Southern Europe and the Balkans* 9 (2007): 3, S. 247-261.

vermittelt, dass sie nicht willkommen ist, selbst wenn sie die Mitgliedschaftsbedingungen erfüllen würde.“⁸ Auch die Außenpolitik Ankaras wird von den türkeikritischen Tönen in der EU beeinflusst. So hat die ablehnende Haltung des Duos Merkel/Sarkozy nicht nur den türkischen Reformeifer gedrosselt, sondern sie war auch ein Katalysator für die stärkere Annäherung der Türkei an ihre islamischen Nachbarn und Russland. US-Verteidigungsminister Robert Gates bemerkte in diesem Kontext: „If there is anything to the notion that Turkey is, if you will, moving eastward, it is, in my view, in no small part because it was pushed, and pushed by some in Europe.“⁹ Im Weiteren wird noch zu zeigen sein, dass nicht nur Brüssel, sondern auch Ankara die Verantwortung für das Nachlassen der türkischen Europaeuphorie trägt. Die letzten fünf Jahre von 2005-2010 waren eine größtenteils verlorene Zeit im Hinblick auf das europäisch-türkische Verhältnis.

„Strategische Tiefe“ – die neue Ausrichtung der türkischen Außenpolitik

Die Frage einer außenpolitischen Umorientierung der Türkei vom „Westen“ zum „Osten“ wird in der internationalen Öffentlichkeit intensiv diskutiert.¹⁰ Als Folie dienten u.a. der türkisch-israelische Konflikt um die Stürmung eines mit Hilfsgütern für den Gaza-Streifen beladenen türkischen Schiffes (Mai 2010) und die Abstimmung der Türkei im UN-Sicherheitsrat gegen die Iran-Sanktionen zum Atomprogramm Teherans (Juni 2010).

Doch die Türkei wendet sich weder vom Westen ab noch neigt sie sich dem Osten zu; sie versucht allerdings in einer Zeit, in der sich die weltpolitische Konfiguration der Machtgleichgewichte seit dem Ende des Kalten Krieges neu ordnet und justiert, ihren eigenständigen Platz als aufstrebende Macht zu finden. Die aktuellen Veränderungen im internationalen Gefüge erklären sich mitunter durch den „Aufstieg der Anderen“ (Fareed Zakaria).¹¹ Zu diesen Auf-

8 Unabhängige Türkei-Kommission: Die Türkei in Europa: Den Teufelskreis durchbrechen, Brüssel, 2009, S. 7.

9 „Gates Says EU Pushed Turkey Away“, in: Wall Street Journal, 10.06.2010. <http://online.wsj.com/article/SB10001424052748703890904575296900180727936.html>.

10 „Turning its back on the West?“ A 14-Page special report on Turkey, in: The Economist, 23.10.2010; Soner Cagaptay: Sultan of the Muslim World. Why the AKP's Turkey Will Be the East's Next Leader, in: Foreign Affairs, 15.11.2010, <http://www.foreignaffairs.com/articles/67009/soner-cagaptay/sultan-of-the-muslim-world>; Hugh Pope: Pax Ottomana?, in: Foreign Affairs 89 (2010): 6, S. 161-171.

11 Fareed Zakaria: Der Aufstieg der Anderen. Das postamerikanische Zeitalter, München 2009.

steigern zählt neben China, Indien, Brasilien auch die Türkei. Den Rhythmus der internationalen Politik geben demnach nicht mehr allein die alten Mächte des Westens vor, sondern mittlerweile auch andere aufsteigende Mächte. Die Schaffung der G20 trägt dem wachsenden Einfluss dieser neuen *Global Player* Rechnung. Die Türkei versucht, sich in dieser Machtverschiebung weg von einer bi-/unipolaren hin zu einer multipolaren Welt als Zentralmacht in der Region zu positionieren.

Der *Spiritus Rector* der neuen Außenpolitik ist der aktuelle Außenminister Ahmet Davutoğlu. Mit seinem Werk *Strategische Tiefe* revidiert er die traditionell kemalistisch geprägte Doktrin der Westorientierung und relativiert die prioritäre Stellung der EU für die Außenpolitik der Türkei. Dahinter verbirgt sich das Leitbild einer realistisch inspirierten Außenpolitik, das an das geografische, historische und religiös-kulturelle Erbe des Osmanischen Reiches anknüpfen will. Das erklärte Ziel dieser Neuorientierung besteht darin, eine Art „Osmanisches Commonwealth“ nach dem britischen Modell zu errichten, um so den Aufstieg zur führenden Zentralmacht der Region zu ermöglichen. Davutoğlu definiert die Türkei nicht als Randstaat Europas oder Brücke zum Westen; stattdessen spricht er von einem Land „in the midst of Afro-Eurasia’s vast landmass, it may be defined as a central country with multiple regional identities that cannot be reduced to one unified character.“¹² Mit dieser multiplen Identität wäre die Türkei als Zentralmacht ein Teil Europas, des Balkans, der Schwarzmeer- und Mittelmeerregion, Nordafrikas, des Nahen Ostens, des Kaukasus, des kaspischen Umfeldes und Zentralasiens zugleich. Aus dieser Zentralität leitet Davutoğlu die außenpolitischen Prinzipien der Türkei für die internationalen Beziehungen ab: Die Praktizierung einer „Null-Probleme“-Politik durch den Aufbau von freundschaftlichen Beziehungen zu allen Nachbarn und das türkische Engagement bei der Lösung von internationalen Konflikten. Zudem wird eine multidimensionale Außenpolitik verfolgt, in der sich die Beziehungen zu anderen globalen Akteuren ergänzen und nicht konkurrieren sollen.

Die bisherige Umsetzung des neuen Leitbildes fällt jedoch ambivalent aus: Einerseits dauert der Annäherungsprozess mit Griechenland und die Vermittlung zwischen Serbien und Bosnien-Herzegowina an. Im Nahen Osten konnte die Türkei durch die Zusammenarbeit mit Syrien, Jordanien und dem Libanon deren Aktionsradius ausbauen helfen. So wurde die Visapflicht für diese Länder aufgehoben; analog zum Schengener-Modell soll ein „Schengen-für-den-Orient“ etabliert und anschließend ein Binnenmarkt nach europäischem Mus-

12 Ahmet Davutoğlu: Turkey’s Foreign Policy Vision: An Assessment of 2007, in: *Insight Turkey* 10 (2008): 1, S. 78.

ter geschaffen werden. Auch mit dem Irak scheinen sich die Beziehungen normalisiert zu haben: Die Türkei möchte das Machtvakuum füllen, das der Abzug der US-amerikanischen Truppen hinterlassen wird. Dazu muss Ankara jedoch mit der Kurdischen Autonomiebehörde im Nordirak einen konstruktiven Dialog führen und genauso Bereitschaft zeigen, den Kurdenkonflikt im eigenen Land zu lösen. Andererseits läuft Ankara im israelisch-palästinensischen Konflikt Gefahr, durch seine regelmäßigen Gespräche mit Vertretern von *Hamas* und *Hisbollah* die Potenziale seiner Vermittlerrolle im Nahen Osten zu relativieren. Eine einseitige Pro-Palästina-Politik sowie die türkische Ablehnung der UN-Sanktionen zum Iran-Atomprogramm im Sicherheitsrat haben die Beziehungen zu Israel, den USA und der EU irritiert. Die Versöhnung zwischen Armenien und der Türkei ist aus innenpolitischen Gründen in Ankara und infolge des Drucks aus Aserbaidschan erst einmal auf Eis gelegt worden.

Wie ernst meint es die Türkei mit der EU (noch)?

Wie keine Regierung zuvor förderte die AKP seit dem Amtsantritt 2002 bis zur Eröffnung der Beitrittsverhandlungen 2005 den Demokratisierungsprozess der Türkei im Hinblick auf eine möglich werdende EU-Mitgliedschaft. Ein gutes Verhältnis zu Brüssel wurde zur außenpolitischen Maxime der Regierung Erdoğan. Die AKP hat deshalb einen erheblichen Anteil an der demokratischen Konsolidierung der Türkei. Es hatte aber zuweilen den Anschein, als betrachte die Regierungspartei den Beitrittsprozess v.a. als nützliches innenpolitisches Instrument und weniger als identifikationsstiftend im Sinne der damit verbundenen Werte. Die Regierung setzte die von Brüssel geforderten Reformvorgaben (bspw. Zurückdrängung des Militärs aus der Politik) auch als Hebel für ihren eigenen Machtaufbau gegenüber dem kemalistischen Establishment ein. Der Weg in die EU führt aber letztlich über die Identifizierung mit europäischen Werten und Normen (vgl. Beitrag 2.1.).

Aktuell scheinen sowohl die AKP als auch einige EU-Mitgliedsländer mit dem stockenden Beitrittsprozess gut leben zu können. Das Merkel-Sarkozy-Projekt einer „privilegierten Partnerschaft“ und die „Zentralmacht“-Konzeption der Türkei könnten als zwei Seiten ein- und derselben Medaille interpretiert werden. Auch wenn die Türkei das vehement ablehnt, so fügt sich das Zentralmachtkonzept der „Strategischen Tiefe“ von Davutoğlu in das Vorhaben der „privilegierten Partnerschaft“ von Merkel und Sarkozy doch recht passgenau ein. Eine zu starke Kooperation mit Brüssel bzw. eine EU-Vollmitgliedschaft könnte den außen- und wirtschaftspolitischen Handlungsradius Ankaras ungewollt einschränken. Zudem bietet das Zentralmachtpro-

jekt für die Türkei die Möglichkeit, aus einer selbstbewussten Position heraus auf ein europäisches Ersatzangebot einer privilegierten Partnerschaft bzw. das Scheitern der EU-Beitrittsgespräche vorbereitet zu sein. Nicht ohne Grund nimmt in jüngster Zeit die EU-Kritik der Türkei an Schärfe zu. Während Außenminister Davutoğlu und Staatspräsident Gül ihren Ärger verklausuliert formulieren, werden EU-Chefunterhändler Egemen Bağış und Ministerpräsident Erdoğan deutlicher.¹³

Die EU-Kandidatur spielt zwar weiterhin für Ankara eine Rolle, sie steht aber nicht mehr ganz oben auf der außenpolitischen Agenda. Sie wird auch nicht mehr als *Conditio sine qua non* für eine erfolgreiche türkische Außenpolitik betrachtet. Die Türkei geht vielmehr davon aus, dass ihr EU-Beitritt umso unausweichlicher wird, je einflussreicher sie als Regionalmacht in ihrer Nachbarschaft ist. Dieser Automatismusgedanke widerspricht den Visionen derjenigen EU-Staaten (u.a. Großbritannien, Italien, Schweden, Finnland), die den Beitritt Ankaras befürworten. Diese wollen nämlich gerade nicht eine wie auch immer verfasste, mächtige Türkei als Vollmitglied integrieren, sondern ein weitestgehend liberales Land, das Demokratie, Religion und Rechtsstaatlichkeit miteinander in Einklang bringt. Die AKP-Regierung übersieht, dass weitere Erfolge ihrer friedlichen Nachbarschaftspolitik von der Demokratisierung im eigenen Land abhängen, die wiederum eng mit der Europa-Orientierung in Beziehung steht.

In der hier beschriebenen veränderten Prioritätensetzung der Außenpolitik Ankaras steckt erhebliches Risikopotenzial für die EU. Mit dieser Akzentverschiebung könnte die Türkei verstärkt in Russland, in Iran oder in China neue Partnerschaften suchen. Welchen außenpolitischen Kurs Ankara zukünftig einschlägt, ist insofern für Brüssel nicht ganz unerheblich. Damit Ankara eine effektive und friedensstiftende Funktion in der Region einnehmen kann, müssen auch die Demokratiedefizite im eigenen Land angegangen werden. Eine erfolgreiche Außenpolitik setzt eine stabile Innenpolitik voraus. Ohne den Kurdenkonflikt, die Minderheitenproblematik von Nichtmuslimen, die Diskriminierung von Aleviten oder die gesellschaftliche Spaltung zwischen Kemalisten und AKP einer Lösung näher zu bringen, wird das erklärte Ziel, eine einflussreiche gestaltende Zentralmacht zu werden, schwerlich erreichbar sein.

13 Murat Yetkin: Ankara, AB restine hazırlanıyor (Ankara stellt sich auf einen Showdown mit der EU ein), in: Radikal, 29.01.2011. <http://www.radikal.com.tr/Default.aspx?aType=RadikalYazar&Date=29.01.2011&ArticleID=1038301>.

Wahrnehmung als islamisch motivierte Außenpolitik

Ein Problem außenpolitischen Handelns der Türkei besteht auch darin, dass vermehrt der Eindruck entstanden ist, das Land betreibe eine religiös geprägte Außenpolitik. Die AKP hat traditionell eine Affinität zu den islamischen Staaten. Die jüngere massive Kritik Erdoğan's an Israels Regierungspolitik wird im Kontext des Konflikts zwischen westlicher und islamischer Welt als anti-westlich wahrgenommen. Wenngleich die AKP keine islamistische oder antisemitische Agenda verfolgt, ist ihre Rhetorik zuweilen höchst provokant (z.B. der Davos-Eklat zwischen Erdoğan und Shimon Peres). Eine solche Türkei ist mitnichten das, was sich Brüssel und Washington als „Brücke“ zur oder als „Modell“ für die islamische Welt vorstellen. Die Türkei muss in ihren Augen erst noch den Beweis erbringen, dass ihre Außenpolitik auf universellen Menschenrechten basiert und nicht von islamisch-religiösen Motiven getrieben ist.

Wenn die Türkei ihr gewonnenes Selbstbewusstsein als Mittler in die Waagschale werfen will, gilt es eine neue Balance zwischen einer den nationalen und wirtschaftlichen Interessen dienenden Außenpolitik sowie den wachsenden Erwartungen der westlichen Großmächte, der arabischen Nachbarstaaten und ihrer Bevölkerungen zu finden. Die Intensivierung des politischen Dialogs mit den EU-Staaten, die ihre Rolle in der im Umbruch befindlichen Region ebenfalls noch definieren müssen, wäre Teil einer klugen diplomatischen Strategie der Türkei im Sinne dieser Balance.

Glaubwürdige Beitrittsperspektive für liberale Demokratieentwicklung

Angesichts der aktuellen Ereignisse im arabischen Raum wird die EU auf die Türkei noch stärker angewiesen sein als zuvor. Denn das Land am Bosphorus ist im islamischen Raum eine – mit all ihren Schwächen – relativ gut arbeitende Demokratie, die eine Vorbildfunktion für Ägypten, Tunesien, Jordanien u.a. erfüllen könnte. In einer repräsentativen Studie in sieben arabischen Ländern (Ägypten, Jordanien, Libanon, Syrien, Saudi Arabien, Palästina, Irak) sagten 61 Prozent der Befragten, dass die Türkei ein Modell für arabische Staaten sein könnte. 64 Prozent sind der Meinung, dass die EU-Beitrittsperspektive der Türkei das Land zu einem attraktiven Partner für die arabische Welt gemacht hat.¹⁴ Eine Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Islam und Demokratie in der

14 Mensur Akgün/Gökçe Perçinoğlu/Sabiha Senyücel Gündoğar: The Perception of Turkey in the Middle East, Istanbul 2009 (TESEV), S. 21/25; auch Meliha Benli Altunışık: Turkey: Arab Perspectives. Istanbul 2010 (TESEV).

Türkei liegt in der weiteren Entwicklung zu einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat; was wiederum eng mit einer konsequenten Befürwortung der EU-Mitgliedschaft aus Brüssel zusammenhängt. Die Demokratisierung der Türkei hat keineswegs ihr Ende gefunden, sondern ist ein andauernder Prozess. Doch mit den Entwicklungen in der EU – Regierungswechsel in Berlin und Paris, Erweiterungsmüdigkeit, Islamophobie, Finanzkrise – schlug das Pendel in der türkischen Bevölkerung um; die Sympathie für Europa und die Unterstützung für eine EU-Mitgliedschaft ist auf einen Tiefstand gesunken – 2004 lag sie noch bei 73 Prozent, 2010 nur noch bei 38 Prozent.¹⁵ Überhöhter Nationalismus und autoritäre Herrschaftsstrukturen sind nach wie vor mit prägend in der Türkei. Die Zeichen in Ankara deuten zwar nicht auf einen *Scharia*-Staat; Gefahren gehen aber von einem „türkischen Gaullismus“ (Ömer Taşpınar) aus, der außenpolitisch gelegentlich überzieht, dabei eigensinnig und herausfordernd agiert.¹⁶

Mit den Parlamentswahlen im Juni 2011 steht das Land an einer historischen Schwelle. Das Wahlversprechen der AKP an die Bevölkerung ist die Erarbeitung einer „zivilen Verfassung“. Der türkische Unternehmerverband TÜSIAD (Vereinigung türkischer Industrieller und Geschäftsleute) fordert beispielsweise – bis auf die Erhaltung der Republik als Staatsform – eine komplett neue freiheitlich-demokratische Verfassung ohne ethnische Bezüge auf das Türkentum oder ideologische Referenzen auf den Kemalismus. Mit der Wiederaufnahme einer glaubwürdigen Beitrittsperspektive hätte die EU einen wichtigen Schlüssel in der Hand, um die Tür für eine solche liberale Demokratieentwicklung in der Türkei weiter zu öffnen.

Auch die neue Außenpolitik-Konzeption der Türkei kann – trotz der oben beschriebenen Kritikpunkte – für die EU attraktiv sein. Es gibt in dieser Neuausrichtung Ansätze, die mit Zielen und Instrumenten der europäischen Außenpolitik vereinbar, wenn nicht sogar deckungsgleich sind. Ankara übernimmt z.B. mit seiner liberalen Visapolitik für den Nahen Osten oder einer ökonomischen Integrationspolitik in der Region *Soft-Power*-Elemente der EU. Mit Instrumenten, die der Europäischen Nachbarschaftspolitik ähneln, will die Türkei ihr regionales Umfeld stabilisieren und befrieden.¹⁷ U.a. deshalb genießt die Türkei ein hohes Ansehen im islamischen Raum.

15 German Marshall Fund: Transatlantic Trends 2010, Washington, http://www.gmfus.org/news_analysis/news_article_view?newsarticle.id=1219.

16 Ömer Taşpınar: Turkish Gaullism? in: Today's Zaman, 12. April 2010. <http://www.todayszaman.com/columnists-207121-turkish-gaullism.html>.

17 Kemal Kirişçi: A Friendlier Schengen Visa System as a Tool of „Soft Power“: The Experience of Turkey, in: European Journal of Migration and Law 7 (2005): 4, S. 343-367.

Die Türkei: Brücke der EU im Nahen Osten

Während die Europäer von den Entwicklungen in Ägypten völlig überrascht wurden und zunächst paralysiert schienen, bezog die Türkei als erster Staat öffentlich eine klare Position zu Husni Mubarak und forderte ihn zum Rücktritt auf. Die AKP-Regierung ist außerdem für alle Seiten ein potenzieller Ansprechpartner: Während *Hamas* und *Hisbollah* vom Westen nicht akzeptiert werden, stellt sich Ankara den Realitäten im Nahost-Konflikt und hält die Kommunikationskanäle zu diesen Organisationen offen. Das gleiche gilt auch für Iran, dem die Türkei trotz aller Rivalitäten nicht die Tür verschließt. Mit diesen Möglichkeiten der türkischen Außenpolitik sollte die EU versuchen konstruktiv umzugehen. Denn eine mit der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik in Einklang gebrachte türkische Außenpolitik könnte dabei helfen, die „strategische Dimension“ (Joschka Fischer) der EU weiter auszubauen.¹⁸

Will die EU mehr Einfluss im Nahen Osten gewinnen, muss sie in dieser Region stärker wahrgenommen werden. Mit ihrer geopolitischen Lage, ihrer multidimensionalen Diplomatie und ihren militärischen Fähigkeiten wäre die Türkei geradezu prädestiniert, als Brücke der EU in dieser Region zu fungieren. Eine engere Zusammenarbeit z.B. im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) setzt jedoch die Abkehr von dem – von der Türkei zu Recht als diskriminierend empfundenen – Konzept der „privilegierten Partnerschaft“ voraus. Nur mit der eindeutigen Bekräftigung der EU-Beitrittsperspektive kann auch eine erneute Europa-Fokussierung der türkischen Außenpolitik gelingen. Für Deutschland als bisher größte Wirtschaftsmacht in der EU mag eine selbstbewusste Türkei mit eigenen Interessen und Ambitionen zwar nicht unbedingt immer ein bequemer Partner sein, aber divergierende Interessen und Konkurrenzen lassen sich im Sinne symmetrischer Außenpolitik auf gleicher Augenhöhe und im Kontext der EU besser austarieren. Ein gedeihliches Zusammenleben mit den rund drei Millionen türkeistämmigen Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland und die aktuellen Herausforderungen für eine humane EU-Einwanderungspolitik (vgl. Beitrag 2.3.) sind weitere schwergewichtige Argumente für einen Kurswechsel in der Türkeipolitik. Die EU würde außerhalb Europas an Einfluss gewinnen und könnte ihrem Anspruch als „Friedensmacht“ besser gerecht werden.

18 Joschka Fischer: Turkey's European Perspective. The German View, in: Turkish Policy Quarterly 3 (2004): 3, S. 17-21.